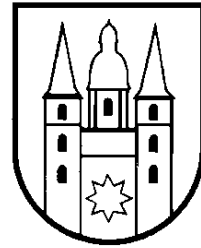


Stadt Marienmünster

Der Bürgermeister



Niederschrift

02/019/2018

über die Sitzung **des Hauptausschusses**
am **Mittwoch**, dem **12.09.2018**, von **18:00 Uhr** bis **19:20 Uhr**
im **Sitzungssaal des Rathauses**

Anwesend:

Bürgermeister
Robert Klocke

stellv. Vorsitzende/r
Bernadette Niemeier

ab TOP 4

Ordentliche Mitglieder
Josef Büker
Klaus-Peter Gosse
Josef Hoffmeister
Helmut Lensdorf
Paul Postert
Kai Schöttler
Elmar Stricker
Josef Wolff

stellv. Mitglieder
Klaus Dieter Becker
Gerhard Meier

von der Verwaltung
Elmar Meyer

Protokollführer
Josef Suermann

Abwesend:

Ordentliche Mitglieder
Josef Dreier
Frank Lüke
Friedrich Potthast

Zuhörer: 4

Presse: keine

Öffentlicher Teil

1. **Eröffnung der Sitzung**

Bürgermeister Klocke begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Es erfolgt kein Widerspruch.

2. **Änderung der Ordnungsbehördlichen Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Marienmünster vom 13.12.2007 Vorlage: 160/2018**

Elmar Meyer erläutert kurz den Sachverhalt anhand der Verwaltungsvorlage.

Kai Schöttler bezweifelt die Durchsetzbarkeit der Kastrationspflicht für Katzen und stellt infrage, ob eine solche Regelung überhaupt erforderlich ist.

Elmar Meyer berichtet über zunehmende Probleme in den letzten zwei Jahren, in denen es in verschiedenen Ortschaften zu eklatanten Fällen durch freilaufende Katzen kam. Für die betroffenen Nachbarn sei dies jeweils ein großes Ärgernis, ganz zu schweigen von der Tierquälerei, wenn der Nachwuchs nicht entsprechend versorgt werde. Für solche Einzelfälle sei die Änderung der ordnungsbehördlichen Verordnung gedacht, um gezielt eingreifen zu können.

Auch Paul Postert hält die Regelung für nicht durchsetzbar, da ein Schuldiger in den meisten Fällen nicht gefunden werden dürfte.

Elmar Meyer entgegnet, dass die Verwaltung in solchen Fällen natürlich auf die Mitwirkung der Bevölkerung angewiesen sei. Da sich Nachbarn durch die zunehmende Katzenpopulationen in aller Regel stark gestört fühlten, sei er hier optimistisch.

Josef Wolff vertritt die Auffassung, dass die Verwaltung eine Rechtsgrundlage benötige, um bei Extremfällen eingreifen zu können. Hierin wird er von Elmar Stricker unterstützt, der in der Änderung der Verordnung die einzige Möglichkeit sieht, dass die Verwaltung ordnungsbehördlich tätig werden kann.

Beschlussempfehlung:

Der Rat der Stadt Marienmünster beschließt die in der Anlage beigefügte I. Änderungsverordnung zur Ordnungsbehördlichen Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Marienmünster vom 13.12.2007.

einstimmig beschlossen

3. Umsetzung des Optimierungskonzeptes für das Freizeithallenbad Marienmünster Vorlage: 162/2018

Kai Schöttler verweist auf die Vorbereitung dieses Themas in einer kleinen Arbeitsgruppe, wodurch es der Fraktion möglich war, sachkundig über die vorgeschlagenen Änderungen zu diskutieren. Er verweist auf die Eingaben von Frau Wuttke-Braun und schlägt vor, die Sauna auch in den Sommermonaten zu öffnen, wenn eine entsprechende Menge von Besuchern zusammenkommt.

Josef Suermann erklärt, dass eine solche Regelung schon seit Jahren besteht und den Vereinen und Gruppierungen angeboten worden war. Die Inanspruchnahme sei bislang jedoch sehr gering. Als Kompromissvorschlag sei sie jedoch geeignet, um es den Damen der Saunagruppe zu ermöglichen, auch in den Sommermonaten weiterhin die Sauna zu nutzen.

Elmar Stricker hält es für erforderlich, die Werbung zu verbessern und regt an, einen Förderverein für das Hallenbad zu gründen. Die Gründung eines Fördervereins könnte vielleicht über einen Hinweis im Mitteilungsblatt angeregt werden.

Josef Suermann entgegnet, dass natürlich in allen Bereichen mehr geworben werden könnte. Die Stadt gebe allerdings schon seit Jahren für Werbemaßnahmen für das Hallenbad namhafte Beträge aus und habe einen ansprechenden Internetauftritt für das Hallenbad geschaffen. Für Vorschläge, wo und wie darüber hinaus geworben werden sollte, sei er stets dankbar.

Beschlussempfehlungen:

- In den Ferien wird das Hallenbad um 10:30 geöffnet und um 20:30 Uhr geschlossen (eine ½ Stunde später bzw. früher als bisher).
- Der Eintrittspreis für Personen mit Ermäßigung wird von 2,00 € auf 3,00 € angehoben.
- Der Tarif „Nur Sauna“ wird ersatzlos gestrichen.
- Die Tarife „Sauna und Schwimmbad“ werden um 1 € angehoben.
- Die Sauna schließt zeitgleich mit dem Bad.
- Die Sauna wird nur in den Wintermonaten betrieben.
- Der Samstagnachmittag wird für die Öffentlichkeit gestrichen. Die Zeit kann von Schwimmvereinen zusätzlich genutzt werden.
- Die Öffnungszeit an Sonntagen wird auf 10:00 bis 16:00 Uhr festgelegt.
- Bei den Servicekräften erfolgt eine Aufstockung derart, dass zu jeder Zeit eine Servicekraft neben der Badeaufsicht zugegen ist.
- Wenn möglich sollen DLRG-Kräfte für die Badeaufsicht eingesetzt werden. Die bei den Fachangestellten für das Bäderwesen hierdurch eingesparten Stunden sollen es ermöglichen, ein Personalpool gemeinsam mit den Nachbarstädten zu betreiben.
- Die Änderungen bei den Öffnungszeiten treten zum 01.11.2018 in Kraft, die Änderungen bei den Tarifen zum 01.01.2019.

einstimmig beschlossen

4. Mitteilungen und Anfragen

4.1. Sitzungstermine

Robert Klocke weist auf die als Tischvorlage gereichte Planung der Sitzungstermine für die nächsten Monate hin.

4.2. Bereisung der Dorfgemeinschaftshäuser durch den Bauausschuss

Bürgermeister Klocke weist auf einen Termin zur Bereisung der Dorfgemeinschaftshäuser am 4.10.2018, ab 16:00 Uhr, hin. Die öffentliche Sitzung des Bauausschusses solle im Anschluss daran um 18:30 Uhr starten.

4.3. Entscheidung über den Bau eines Feuerwehrgerätehauses in Bremerberg

Bürgermeister Klocke schlägt vor, die Entscheidung über das Feuerwehrgerätehaus in Bremerberg nicht wie ursprünglich geplant, in der Oktobersitzung des Rates zu fassen. Die in Auftrag gegebenen Planungen seien erst für Ende September angekündigt worden. Diese müssten anschließend erst ausgewertet werden. Eine seriöse Beratung könne daher erst in der danach folgenden Ratssitzung am 14. November stattfinden.

Josef Suermann regt an, auch dieses wichtige Thema in einer kleineren Arbeitsgruppe mit je einem Vertreter aus jeder Fraktion aufzubereiten.
Dem Vorschlag wird einvernehmlich gefolgt.

4.4. Sachstand Breitbandausbau

Elmar Stricker erkundigt sich, ob der angekündigte Fertigstellungstermin für den Breitbandausbau der Ortschaften zu Mitte 2019 eingehalten wird. Josef Suermann berichtet, dass erst in dieser Woche noch ein Termin der Breitbandbeauftragten stattfand. Danach sei die Firma sewikom aktuell voll im Zeitplan.

4.5. Abtei Marienmünster

Josef Büker erkundigt sich nach dem Ergebnis der Kuratoriumssitzung und der Anlage des Holzlehrpfades an der Abtei.

Bürgermeister Klocke berichtet, dass Gegenstand der letzten Kuratoriumssitzung vor allem die Vorstellung der Jahresabschlüsse war. Dem Vorstand sei Entlastung erteilt worden. Probleme mache derzeit die Förderung der Herstellung eines barrierefreien Zugangs zum Klostergarten. Die eingeplante Eigenleistung dürfe im Rahmen der eingeplanten LEADER-Förderung nicht angerechnet werden. Der Vorstand der Kulturstiftung sei sich daher nicht mehr sicher, ob das Projekt aus finanziellen Gründen umgesetzt werden könne.

Josef Suermann berichtet zum Holzlehrpfad, dass dieser bereits am 4. Oktober eingeweiht werden soll. Im Haushalt 2018 stünden für die Maßnahme 10.000 € zur Verfügung, die aller Voraussicht nach auch benötigt würden.

4.6. Neues Dorferneuerungsprogramm

Auf Anfrage von Elmar Stricker, ob Maßnahmen, die über das Dorferneuerungsprogramm gefördert werden sollen, über den Haushalt abgewickelt werden müssen, erläutert Josef Suermann, die geplante Vorgehensweise. Danach sollen die Maßnahmen, die für eine Förderung aus Dorferneuerungsmitteln in Frage kommen, vorsorglich in den Haushaltsplan 2019 aufgenommen werden. Die entsprechenden Haushaltsansätze sollen allerdings über einen Sperrvermerk erst dann freigegeben werden, wenn tatsächlich die Förderung bewilligt wird. Nach den bisherigen Erkenntnissen, solle das Dorferneuerungsprogramm nicht solche bürokratischen Hürden aufbauen, wie andere laufende Förderprogramme.

5. Fragen von Einwohnern

Zuhörer Lücking aus Bredenborn fragt an, warum der Samstagnachmittag für den öffentlichen Badebetrieb geschlossen werden soll. Dieser werde insbesondere von Kindern und Jugendlichen in Anspruch genommen.

Josef Suermann erklärt, dass die Streichung des Samstagnachmittags durch den Gutachter vorgeschlagen wird, da dieser Tag die geringsten Besucherzahlen bringe und ein "Schließtag" bei Bädern dieses Typs üblich sei. Der Samstagnachmittag solle Vereinen und Gruppierungen zur Verfügung gestellt werden für spezielle Trainings oder Kurse. Das letzte Wort sei hierüber jedoch noch nicht gefallen. Er werde in der nächsten Woche noch einen entsprechenden Lehrgang besuchen und gegebenenfalls hieraus gewonnene Erkenntnisse in die abschließende Entscheidung des Rates am 10. Oktober einfließen lassen.

gez. Robert Klocke
Vorsitzende/r

gez. Josef Suermann
Protokollführer/in